

Wir stehen geeint an der Seite Frankreichs. Wir stehen geeint an der Seite der Angehörigen aller vom Terror betroffenen Opfer. Und wir stehen geeint als Demokraten im Kampf gegen den Terrorismus.

Über alle Fraktionsgrenzen hinweg wollen wir heute in diesem Sinne ein klares und unmissverständliches Signal setzen. Deshalb haben sich die Fraktionen auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, in der die barbarischen Akte der Gewalt aufs Schärfste verurteilt und unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte selbstbewusst verteidigt werden. Die als Antrag von allen vier Fraktionen eingebrachte Resolution hat den Titel:

"Wir stehen an der Seite Frankreichs, der Opfer und ihrer Angehörigen – Gegen menschenverachtenden Terror und für Freiheit, Sicherheit und Demokratie"

Der Text der Resolution lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die erneuten Anschläge in Paris haben Europa zutiefst erschüttert. Der Bayerische Landtag verurteilt diese menschenverachtenden Terrorakte, die so viele Menschenleben gefordert und Menschen Leid zugefügt haben, auf das Schärfste. Er spricht den Angehörigen der Opfer und der gesamten französischen Nation seine Anteilnahme aus. Bayern steht auch im Angesicht der Verwüstung und des Todes, im Augenblick der Not und der Trauer an der Seite der französischen Freunde.

Der Anschlag galt Frankreich, er galt aber auch einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft. Die Antwort auf die barbarischen Verbrechen islamistischer Terroristen kann nur ihre Bekämpfung mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln sein. Wir müssen unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte geschlossen verteidigen und jetzt erst recht offensiv für sie einstehen. Das gilt auch für unser Selbstverständnis als pluralistische Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbstbestimmt, wie sie im Rahmen unserer Gesetze leben wollen und was sie glauben oder auch nicht glauben. Die Werte der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben Europa zum größten Friedenswerk der Geschichte gemacht. Alle demokratischen Kräfte müssen jetzt zusammenstehen und beweisen, dass diese Werte stärker sind als die menschenverachtende Ideologie eines islamistischen Fundamentalismus. Das ist auch im klaren Interesse unserer vielen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Bayern und überall in Deutschland friedlich mit uns zusammenleben.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind der machtvolle Gegenentwurf zu einer Welt des Terrors und die verbindende Klammer aller Menschen in Europa.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass es keine Aussprache dazu gibt. Ich lasse jetzt unmittelbar über die als Antrag formulierte Resolution auf Drucksache 17/9113 abstimmen. Wer diesem Antrag, dieser Resolution zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag, diese Resolution einstimmig beschlossen.

Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich bei den Fraktionen für diese Initiative. Sie war ein gutes und sichtbares Zeichen für uns im Bayerischen Landtag, was die Verteidigung von Freiheit, Recht und Demokratie angeht.

Ich darf Sie nun bitten, sich zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge zu einer Schweigeminute zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Rechtsextremismus konsequent bekämpfen - Handlungskonzept erarbeiten!"**

Ich darf Herrn Kollegen Ritter für die SPD-Fraktion bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Rechtsradikalismus entsteht nicht im luftleeren Raum. Vorstellungen von Ungleichwertigkeit, rassistische und antisemitische Weltbilder sind die Einstiegsdrogen einer rechtsradikalen Gesinnung. Nicht umsonst versuchen rechtsradikale Gruppen mit den von ihnen angestachelten Debatten genau an solche Vorurteile anzuknüpfen, um mehr Einfluss zu gewinnen. Soziale Netzwerke sind mittlerweile der Katalysator, in denen versucht wird, Verunsicherung in Ablehnung umzuwandeln und mit Falschinformationen bewusst zu Hass anzustacheln. Hier wird zu Gewalt aufgerufen und die Meinung verbreitet, dass Gewalt eine legitime Antwort auf die Debatten über das Asylrecht wäre.